

WINDIG UND WIRR: SCHWARZ-GELB UND DAS GELD



Ein Kommentar von Günter Rudolph

„KLAGE GEGEN DEN LÄNDERFINANZ-AUSGLEICH BRINGT EIN GROSSES RISIKO FÜR HESSEN“

Die Äußerungen des CDU-Ministerpräsidenten zur Forderung einer Länderfusion von Hessen, Rheinland-Pfalz und dem Saarland durch seinen Vize-Ministerpräsidenten sind mehr als wolkig. Während die FDP eine undurchdachte Forderung nach der nächsten in den Raum stellt, scheint Herr Bouffier nicht zu wissen, wie er dazu steht. Er muss sich nun jedoch entscheiden, ob Hü oder Hott bei der Länderfusion.

Wenn der hessische Ministerpräsident nun davon spricht, dass er die Lösung für die Reform des Länderfinanzausgleichs in der Föderalismuskommission III anstrebt, muss man sich langsam mal fragen: Warum klagt die hessische Landesregierung gegen den Länderfinanzausgleich, wenn ihr Ministerpräsident nun doch den Verhandlungsweg beschreiten will? Ich habe den Verdacht, dass hier ein zentrales Thema, nämlich die gerechte Verteilung der Steuermittel unter allen Bundesländern, zu Wahlkampfzwecken missbraucht wird.

Mit der Klage geht Bouffier übrigens ein großes Risiko für Hessen ein: Wenn das Bundesverfassungsgericht die Anrechnung der kommunalen Haushalte in der jetzigen Form kassiert, kann das Hessen bis zu 500 Millionen Euro kosten. Wieder einmal hat die schwarz-gelbe Landesregierung einen Vorschlag nicht zu Ende gedacht. Bouffier täte gut daran, die Klage gegen den Länderfinanzausgleich umgehend zurückzuziehen. ■



FOTO: PETRA TURSKY-HARTMANN

„Die Behauptung, die CDU könne mit Geld umgehen, ist in Hessen längst widerlegt. Die CDU hat seit Beginn ihrer Regierungszeit 1999 – teilweise gemeinsam mit der FDP – 96 Prozent mehr Schulden gemacht. Das ist alles andere als eine zukunftsorientierte Haushaltsführung.“

ZAHLEN UND FAKTEN ZUM HESSISCHEN HAUSHALT

Hessens Gesamtverschuldung 2014: **43,4 Milliarden Euro**

Neue Schulden seit 1999 durch Koch und Bouffier: **ca. 21 Mrd. Euro**

Kürzungen der Kommunalfinanzen durch das Land seit 1999: **ca. 2,5 Mrd. Euro** und weiter steigend

Strukturelles Defizit im Landeshaushalt: **ca. 2 Mrd. Euro**

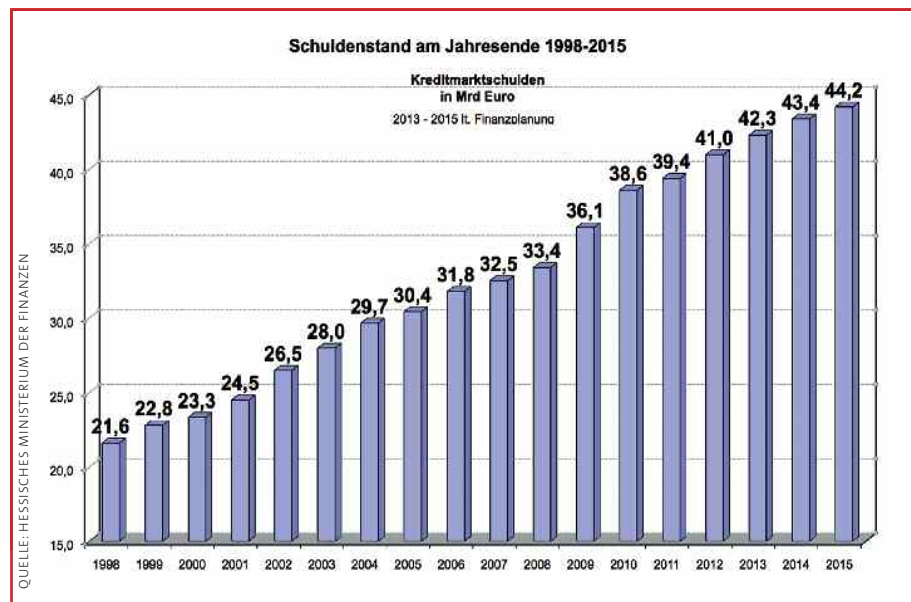
Hinterlassene Risiken für die künftige Landesregierung („Ungedeckte Schecks“):

- Die 400-Mio.-Euro-Kürzung aus 2011 im KFA ist verfassungswidrig
- Ein 187-Mio.-Euro-Risiko, falls RWE vor Gericht wegen schlampiger Biblis-Stilllegung obsiegt
- Ein 467-Mio.-Euro-Risiko wegen der leichtfertigen Klage Hessens gegen den Länderfinanzausgleich, wenn das Gericht sagt, dass die Finanzkraft unserer Kommunen künftig in die Rechnung voll einfließen muss
- Und: Die sogenannte Abbautreppe der Neuverschuldung aus 2011 wurde schon 2012 nicht eingehalten



Wolfgang Decker, Vorsitzender im Finanzausschuss

» Nur der absolut intransparente Etatentwurf von CDU und FDP verschleierte einen unglaublichen Bankrott schwarz-gelber Haushaltspolitik. «



Hessen hat in der Rangliste der Verschuldung der öffentlichen Haushalte einen Spitzenplatz. Roland Koch und Volker Bouffier haben übrigens in ihrer Regierungszeit in Hessen nahezu doppelt so viele Schulden angehäuft wie alle ihre Vorgänger in rund fünfzig Jahren zuvor.

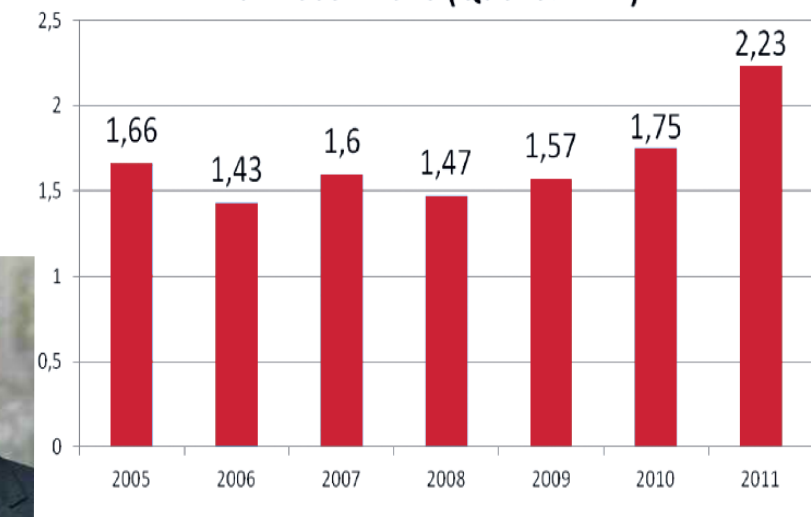
KEINE ANONYMITÄT FÜR STEUERBETRÜGER

Die aktuellen Vorgänge im Fall Hoenneß haben gezeigt, dass es richtig gewesen ist, dass die SPD-regierten Bundesländer das Steuerabkommen im Bundesrat abgelehnt haben. CDU und FDP hatten ein Abkommen favorisiert, dass Steuerbetrüger, weil sie anonym geblieben wären, vor strafrechtlicher Verfolgung geschützt hätte. Die Bundesjustizministerin Sabine Leutheuser-Schnarrenberger (FDP) hatte außerdem gefordert, den Ankauf von Steuer-CDs per Gesetz zu verbieten. Hessen hat seit 2010 bei 4.830 Selbstanzeigen 470 Millionen Euro eingenommen.



Norbert Schmitt, Finanzpolitischer Sprecher

Ermittelte Mehrsteuern in Milliarden Euro von 2005 - 2010 (Quelle: BMF)



Deutsche Steuerfahnder der Länder, unter anderem in Nordrhein-Westfalen, haben im Jahr 2011 Steuerhinterziehung in großem Umfang aufgedeckt und der öffentlichen Hand zu Mehreinnahmen von rund 2,2 Milliarden Euro verholfen.

TEILPRIVATISIERUNG IM JUSTIZVOLLZUG IST IRRWEG

Der teilprivatisierte Betrieb der Justizvollzugsanstalt Hünfeld hat die von Schwarz-Gelb prognostizierten Erwartungen laut Landesrechnungshof nicht erfüllt. Unterstützung erhält die SPD vom Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands (BSBD). Die privaten Mitarbeiter könnten laut BSBD-Bundeschef Anton Bachl in den Staatsdienst übernommen und angemessen bezahlt werden.



Heike Hofmann, Rechtspolitische Sprecherin

» Statt jährlich 600.000 Euro einzusparen, ist die JVA Hünfeld deutlich teurer als eine vergleichbare staatlich betriebene Justizvollzugsanstalt. «

KOMMUNALER SCHUTZSCHIRM IST EIN KLEINER LÖCHRIGER KNIRPS

Vor dem Hintergrund der Kürzungen im kommunalen Finanzausgleich gegenüber den hessischen Kommunen in Höhe von 344 Millionen Euro erweist sich der sogenannte kommunale Schutzschirm der schwarz-gelben Landesregierung mehr als löchrig. Lediglich 106 Kommunen in Hessen ist eine Teilentschuldung angeboten worden, sie mussten dafür Mittel für Vereine kürzen, öffentliche Einrichtungen schließen und Gemeindeeigentum verkaufen. 341 zum Teil hoch verschuldete Kommunen sind dagegen „im Regen stehen geblieben“. Mit



Torsten Warnecke, Sprecher im Unterausschuss Finanzcontrolling und Verwaltungssteuerung

dem Schutzschirm wurde außerdem nur ein Fünftel der aufgelaufenen kommunalen Schulden übernommen. Laut Hessischem Rechnungshof weisen in Hessen nur eine von fünf hessischen Großstädten, 15 von 78 kreisangehörigen Städten und Gemeinden und sieben Landkreise eine relativ stabile Haushaltslage vor.

» Wer 344 Millionen Euro kürzt und den Gegenwert von 107 Millionen Euro zurückgibt, hat kein Lob verdient. «

BONITÄT VON EBS NICHT GEPRÜFT?

Nach Auffassung des Hessischen Rechnungshofes hat es die Landesregierung versäumt, Liquidität und Bonität der privaten European Business School (EBS) zu prüfen, bevor die Privathochschule knapp 25 Millionen Euro Steuergelder zum Aufbau ihrer juristischen Fakultät erhalten habe. Die Zuschüsse und Garantien des Landes für das Pilotprojekt betragen nahezu 100 Mio. Euro.



Marius Weiß, Obmann im Untersuchungsausschuss zur EBS

» Konkrete Antworten zur Liquidität, Entwicklung der Studierendenzahlen, zu eingeworbenen Professuren als auch zum Fortschritt bei den Neubauplänen der privaten Law School ist die schwarz-gelbe Landesregierung bislang schuldig geblieben. «



Gerhard Merz, Familienpolitischer Sprecher

» Das Investitionsprogramm für den Ausbau von U3-Plätzen, das laut Landesregierung rund 100 Mio. Euro umfasst, wird laut Berechnungen der SPD-Fraktion zu knapp 50 Prozent aus Bundesmitteln bestritten. «

ROTE KARTE FÜR SOZIALMINISTER

Im Zeitraum von 2009 bis heute hat das Land Hessen die Betriebskostenzuschüsse aus Landesmitteln für die Betriebskostenförderung von U3-Plätzen um rund 9 Mio. Euro zurückgefahren. Die Bundesregierung hatte durch Verzicht auf Umsatzsteueranteile zusätzliche Mittel für den Ausbau und Betrieb von U3-Plätzen bereitgestellt. Dieses Geld sollte über die Länder den Kommunen zugutekommen. Mittel, die als Betriebskostenzuschüsse vorgesehen sind, werden darüber hinaus als Investitionsmittel verwendet.

Betriebskostenzuschüsse aus Landesmitteln für den Ausbau U3

2009: 45,70 Mio. Euro
2010: 43,90 Mio. Euro
2011: 43,90 Mio. Euro
2012: 36,75 Mio. Euro

STEUERSCHLUPFLOCH FÜR RWE IN BIBLIS

Ein „Steuersparmodell der besonderen Art“ gab es im Jahr 2010 in Hessen, als RWE 92 Brennelemente vorzeitig im Atomkraftwerk Biblis B austauschte, um die ab Januar 2011 geltende Brennelementesteuer zu umgehen. Durch den vorgezogenen Wechsel hat RWE 280 Millionen Euro Steuern gespart.